

chen hervorgeht, dass Anlagen mit dem Mark I-Containment den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen. Weder in den USA noch in anderen Ländern steht ein Widerruf der Betriebsbewilligung zu Diskussion.

Ueber das Verhalten des Mark I-Containments bei schweren Unfällen liegen bisher nur vereinzelte Studien für ausländische Anlagen vor. Deren Übertragbarkeit auf das Kernkraftwerk Mühleberg ist aber kaum gegeben, da dessen Containment nicht nur eine grössere Speicherfähigkeit aufweist, sondern auch noch von einem wirksamen sekundären Containment umschlossen ist.

Wesentlich für einen sicheren Betrieb des Kernkraftwerks Mühleberg ist der Nachweis, dass das Containment selbst im Falle eines Rohrbruchs einer Hauptleitung des Reaktorkühlsystems die in Form von Dampf und heissem Wasser freiwerdende Energie aufnimmt und die radioaktiven Stoffe zurückhält. Dieser Nachweis liegt für das Kernkraftwerk Mühleberg vor und wurde von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen überprüft. Einige im Zusammenhang mit dem Containment notwendigen Nachrüstungen wurden bereits vor Jahren realisiert.

3. FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM KERNBRENNSTOFFKREISLAUF CYCLE DU COMBUSTIBLE NUCLEAIRE

88.301

Interpellation der LdU/EVP-Fraktion Kernkraftbetreiber.

Umgang mit radioaktiven Abfällen und behördliche Aufsicht

Interpellation du groupe AdI/PEP Exploitants de centrales nucléaires. Manipulation de déchets radioactifs et surveillance des autorités

Wortlaut der Interpellation vom 29. Februar 1988

Der Skandal um die Transnuklear AG (BRD) weitet sich immer mehr aus. Zwei Selbstmorde, über 20 Millionen Franken Bestechungsgelder, mehrere hundert falsch deklarierte Fässer mit radioaktiven Abfällen (teilweise mit Plutonium) und möglicherweise über hundert betroffene Personen sind bereits zu verzeichnen. Entgegen ersten Berichten ist auch die Schweiz betroffen, sind doch Abfälle aus dem Kernkraftwerk Mühleberg (zum Teil entstanden bei der Reparatur des Primärkreislaufes) dieser Firma «anvertraut» worden. Auf die Frage, ob die Schweiz Rücklieferungen aus den Aufbereitungswerken kontrolliere, antwortete zu Beginn des Skandals ein Vertreter der Bundesbehörden in den Medien, man habe nach dem «Vertrauensprinzip» gehandelt, d. h. ohne Kontrolle darauf vertraut, dass abgeschlossene Abmachungen auch eingehalten würden.

Nun stellt sich heraus, dass die Aufbereitungsanlage Mol (tief verwickelt in den Skandal) die offenbar zu stark strahlenden Fässer aus Mühleberg plötzlich nicht mehr verarbeiten kann.

In der Rundschau TV DRS vom 12. Januar 1987 hat der Direktor der Hauptabteilung Sicherheit Kernkraftanlagen (HSK) des Bundes, Herr Direktor Nägeli, die Auffassung vertreten, den Bund interessiere nicht, was mit unseren radioaktiven Abfällen (vor allem den schwach- und mittelaktiven) im Ausland geschehe. Wichtig sei nur die Sicherheit der Funktion der Anlagen in der Schweiz.

Es ist möglich, dass die zu stark strahlenden Abfälle nun unverarbeitet zurückgenommen werden müssen. Allerdings schlug der Betriebsleiter von Mühleberg vor, in einer «Spe-

zialbehandlung» die zu stark strahlenden Fässer so stark mit nichtstrahlendem Material zu verdünnen, bis diese in die Norm von Mol passen.

Nach den internationalen Transportvorschriften bedeutet schwachaktiver Abfall, dass ohne Abschirmung an der Oberfläche der Fässer nicht mehr Strahlung als 200 mrem/h herrscht. In diesem Fall wird eine Abschirmung als unnötig betrachtet. Was mehr strahlt, wird als mittelaktiv und damit abschirmungsbedürftig betrachtet. Die Grenze, die heute Mol angibt, bedeutet also, dass dort nur schwach radioaktiver Abfall aufbereitet wird. Es handelt sich offenbar um eine gängige Abgrenzung (Angaben nach einem Sachbearbeiter HSK Würenlingen).

Wir fragen den Bundesrat:

1a. Stimmen obige Angaben sinngemäss?

1b. Von welchen Bundesstellen werden die ganzen Vorfälle untersucht, und werden die Ergebnisse dieser Untersuchung vollständig veröffentlicht?

1c. In welche Kernkraftwerke der Schweiz wurden Fässer aus Mol zurückgeliefert, und sind alle derartigen Fässer auf Gehalt an Plutonium und strahlendem Kobalt und weitere gefährliche Isotope untersucht worden?

1d. Besteht die Möglichkeit, dass auch andere «aufbereitete» radioaktive Abfälle aus andern Anlagen zusätzlich nicht deklariertes Plutonium und andere Isotope enthalten, die nicht darin sein dürften?

1e. Ist der Bundesrat bereit, zuzusichern und zu kontrollieren, dass in Zukunft der ganze Atomabfall-Handel nicht mehr dubiosen Firmen und veralteten Aufbereitungsanlagen ohne Transparenz über innere Vorgänge übergeben wird?

2a. Teilt der Bundesrat die Auffassung von Direktor Nägeli, dass im Bereich der schwach- und mittelaktiven Abfälle es den Schweizer Behörden gleich ist, was im Ausland mit Abfällen aus schweizerischen Kernkraftwerken geschieht und wer diese herumtransportiert und wie er dies macht, wenn nur hier in der Schweiz alles in Ordnung ist (dies z. B. in ausdrücklichem Gegensatz zur gesetzlichen Regelung, wie sie für die Entsorgung gefährlicher Stoffe besteht)?

2b. Wie kommt es, dass in Mühleberg nicht bekannt war, dass Mol nur schwachaktive Abfälle aufbereitet? Und dies, obwohl offenbar Mitarbeiter dieses Werkes Mol besucht haben und nach Aussage des Betriebsleiters, Peter Weyermann, «technische Kontakte» bestehen?

2c. Gehört es nach Ansicht des Bundesrates nicht zu den Sorgfaltspflichten eines Kernkraftwerk-Betreibers, sich über die Verarbeitungsmöglichkeit eines Aufbereitungswerkes und die Seriosität der beauftragten Transportfirmen zu orientieren?

3. Wie ist es zu erklären, dass das Kernkraftwerk Mühleberg mit der Firma Transnuklear einen Vertrag über einen Geldbetrag abschloss, der offenbar rund sechs mal höher war, als das aufbereitende Werk für seine Arbeit verlangte? Lässt dies auf seriöses Geschäftsverhalten und saubere Kalkulation schliessen?

4a. Wie waren die Abfälle deklariert (insbesondere bezüglich Strahlung und Zusammensetzung), die nach Mol gesandt wurden?

4b. Wurden diese Deklarationen von einer amtlichen Stelle (Bund oder Kanton) geprüft? Von wem?

4c. Erreichten die Abfälle Mol mit korrekter Deklaration oder wurden Änderungen an der Deklaration vorgenommen?

4d. Falls die Abfälle gemäss Inhalt deklariert gewesen sein sollten: Warum wurden dann die zu stark strahlenden Fässer entgegengenommen und nicht refüsiert? Besteht die Möglichkeit, dass unkorrekte Handlungen (Nachlässigkeit, Bestechung) dafür verantwortlich sind?

5a. Hat der Bund Massnahmen getroffen, um die weitere Zusammenarbeit zwischen Schweizer Kernkraftwerken und der offenbar unseriösen Firma Transnuklear zu verhindern?

5b. Wer wird derartige Abfall-Transporte nun unternehmen?

5c. Wie gedenkt man zu verhindern, dass wiederum ein gewinnsüchtiges Schwindelunternehmen mit dem unseriösen Umgang mit gefährlichem Material eigene Profite erzielt?

5d. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Bund kurzfristig die ordnungsgemässe Entsorgung radioaktiver Abfälle wieder sicherzustellen?

6. In Diskussionen um die Gewinnung von Plutonium aus Brennelementen ziviler Kernkraftwerke zur Herstellung primitiver Atombomben wurde von Behördeseite immer versichert, über Plutonium werde eine engste internationale Kontrolle ausgeübt und eine Buchhaltung über jedes Gramm geführt, so dass kein Plutonium unbemerkt verschwinden könne. Wie passen die jüngsten Vorfälle in Mol, wo offenbar erhebliche Mengen Plutonium verschoben und zum Verschwinden gebracht wurden, zu der bisherigen Auffassung der Bundesbehörden über eine wirksame Kontrolle?

Texte de l'interpellation du 29 février 1988

Le scandale à propos de la Transnuklear AG, en RFA, prend toujours plus d'importance. On dénombre déjà deux suicides, des pots-de-vin s'élevant à plus de 20 millions de francs, plusieurs centaines de fûts contenant des déchets radioactifs (en partie du plutonium) et faisant l'objet de fausses déclarations, et vraisemblablement plus de 100 personnes impliquées. Contrairement aux premiers rapports, la Suisse est aussi touchée, puisque des déchets provenant de la centrale nucléaire de Mühleberg (et dus en partie à la réparation du circuit primaire) ont été « confiés » à l'entreprise susmentionnée. A la question de savoir si la Suisse contrôlait le retour des substances traitées, un représentant des autorités fédérales a répondu par l'entremise des médias, dès que le scandale a été connu, qu'on avait agi selon le « principe de la confiance », c'est-à-dire qu'on avait admis sans le vérifier que les engagements pris seraient tenus.

Or, il se révèle maintenant que l'installation de conditionnement de Mol (fortement impliquée dans l'affaire) n'est subitement plus en mesure de traiter les fûts en provenance de Mühleberg, qui dégagent manifestement trop de radiations. Lors d'une émission de la Télévision allemande du 12 janvier 1987, M. Nägeli, directeur de la Division principale de la sécurité des installations nucléaires (DSN) de la Confédération, a déclaré que celle-ci ne cherche pas à savoir ce qu'il advient de nos déchets radioactifs (surtout ceux qui sont faiblement ou moyennement actifs) à l'étranger. Ce qui compte pour elle, c'est la sécurité du fonctionnement des installations en Suisse.

Il se peut que les déchets à trop forte émission de radiations nous reviennent sans avoir été traités. Toutefois, le directeur d'exploitation de Mühleberg a proposé de faire subir un « traitement spécial » au contenu des fûts en question en le mélangeant avec des substances non radioactives jusqu'à ce qu'il soit conforme aux normes adoptées à l'établissement de Mol.

Selon les prescriptions applicables aux transports internationaux, on entend par déchets peu actifs ceux qui, sans isolation à la surface des fûts, n'émettent pas de radiations supérieures à 200 mrem/h. Une isolation est considérée comme inutile en l'occurrence. Si les radiations sont plus fortes, la substance est jugée moyennement active et doit être isolée. La limite indiquée par l'établissement de Mol montre donc qu'on n'y traite que des déchets faiblement actifs. Il s'agit manifestement d'une limite couramment utilisée (selon les indications d'un spécialiste de la DSN, à Würenlingen).

Je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1a. Les indications ci-dessus sont-elles exactes en substance?

1b. Quelles sont les services fédéraux qui enquêtent sur toute cette affaire et les résultats des recherches seront-ils publiés intégralement?

1c. Dans quelles centrales nucléaires de notre pays des fûts en provenance de Mol ont-ils été retournés? A-t-on examiné la teneur en plutonium, en cobalt radioactif et en autres dangereux isotopes de ces fûts?

1d. Est-il possible que d'autres déchets radioactifs « traités » provenant d'autres installations contiennent en plus du plu-

tonium et des isotopes non déclarés et qui ne devraient pas s'y trouver?

1e. Le Conseil fédéral est-il prêt à garantir qu'à l'avenir, le commerce relatif aux déchets radioactifs ne sera plus confié à des maisons douteuses ni à des installations de traitement vétustes sans aucune transparence concernant les opérations internes? Est-il prêt à vérifier le fait?

2a. Le Conseil fédéral partage-t-il l'opinion de M. Nägeli, selon laquelle les autorités suisses ne se préoccupent pas de savoir ce qu'il advient à l'étranger des déchets faiblement ou moyennement radioactifs des centrales nucléaires de notre pays, qui se charge du transport et comment celui-ci s'effectue, du moment que tout est en ordre en Suisse (cela en formelle contradiction avec la réglementation légale applicable à l'élimination des matières dangereuses)?

2b. Comment se fait-il qu'on ignorait à Mühleberg que l'établissement de Mol ne conditionnait que des déchets faiblement radioactifs? Et cela en dépit du fait que des collaborateurs de Mühleberg avaient visité Mol et, selon les déclarations du directeur d'exploitation, M. Peter Weyermann, pris des « contacts de nature technique ».

2c. L'exploitant d'une centrale nucléaire n'a-t-il pas, de l'avis du Conseil fédéral, le devoir de se renseigner sur les possibilités offertes par une installation de traitement ainsi que sur le sérieux de l'entreprise chargée du transport?

3. Comment peut-on expliquer que la centrale nucléaire de Mühleberg ait conclu avec la maison Transnuklear un contrat portant sur une somme d'argent qui représente environ six fois le prix que demandait l'installation de traitement pour effectuer son travail? Cela plaide-t-il en faveur d'un comportement sérieux en affaires et d'un calcul normal des coûts?

4a. Qu'a-t-on déclaré à propos des déchets envoyés à Mol (notamment en ce qui concerne les radiations et la composition)?

4b. Ces déclarations ont-elles été examinées par un service officiel (fédéral ou cantonal)?

4c. Les déchets sont-ils parvenus à Mol accompagnés d'une déclaration exacte ou a-t-on modifié celle-ci?

4d. Si la déclaration correspondait au contenu des fûts de déchets, pourquoi a-t-on accepté et non refusé ceux qui présentaient une trop forte émission de radiations? Se peut-il qu'il y ait eu des agissements incorrects (négligence, corruption)?

5a. La Confédération a-t-elle arrêté des mesures pour empêcher toute collaboration future entre des centrales nucléaires suisses et la maison Transnuklear, manifestement peu sérieuse?

5b. Qui entreprendra maintenant de tels transports de déchets?

5c. Comment pense-t-on empêcher que d'autres entreprises véreuses et cupides retirent de nouveau un certain profit en manipulant sans le sérieux nécessaire des substances dangereuses?

5d. Par quelles mesures la Confédération a-t-elle l'intention de garantir à court terme l'élimination méthodique des déchets radioactifs?

6. Dans les discussions sur la production de plutonium à partir d'éléments de combustible provenant de centrales nucléaires civiles pour fabriquer les premières bombes atomiques, les autorités ont toujours assuré qu'on exerçait un contrôle international très strict du plutonium et que chaque gramme de ce métal était comptabilisé, de telle sorte qu'aucune parcelle ne pouvait disparaître. Comment les récents incidents de Mol, où d'importantes quantités de plutonium ont manifestement été déplacées avant de disparaître, cadrent-ils avec l'opinion actuelle des autorités fédérales sur l'efficacité du contrôle?

Sprecher – Porte-parole: Günter

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom September 1988

Rapport écrit du Conseil fédéral de septembre 1988
Wir verweisen auf Teil II, Ziffer 3.5.1, 3.5.2 und 3.5.3.

88.308

Interpellation der grünen Fraktion Atommüll

Interpellation du groupe écologiste Déchets nucléaires

Wortlaut der Interpellation vom 29. Februar 1988

Im Zusammenhang mit dem Skandal um die Atommüll-Transporte der Firma Transnuklear vom Kernkraftwerk Mühleberg nach Mol und der Bestechungsaffäre dieser Firma stellen sich Fragen ganz grundsätzlicher Natur zur Atommüllentsorgung wie auch im besonderen zu den Geschäftsbeziehungen der schweizerischen Atomkraftwerke. Wir bitten den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviele Tonnen schwach-, mittel- und starkradioaktive Abfälle fallen jährlich in den schweizerischen Atomkraftwerken an?
2. Wie lange reichen die Kapazitäten der Zwischenlager in den einzelnen Atomkraftwerken? Sind demnächst neue Zwischenlager nötig? Wann ist das zentrale Zwischenlager in Würenlingen bezugsbereit?
3. Wieviel hochradioaktiven Abfall, der zurzeit im Ausland lagert, muss die Schweiz ab 1992 zurücknehmen? Wieviel schwach- und mittelradioaktiven Abfall?
4. Wieviele Kilogramm Plutonium können jährlich bei der Wiederaufbereitung von Brennelementen aus schweizerischen Atomkraftwerken gewonnen werden?
5. Weiss die Aufsichtsbehörde, wie lange die einzelnen Brennstäbe im jeweiligen Atomkraftwerk in Betrieb waren?
6. Kennt die Aufsichtsbehörde die genaue Zusammensetzung der Brennstäbe, die das Werk zur Wiederaufbereitung verlassen?
7. Wie oft besucht ein Inspektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) die einzelnen Atomkraftwerke in der Schweiz?
8. Ist den Bundesbehörden bekannt, dass Verfahren entwickelt werden, um in Zukunft auch aus schwach- und mittelradioaktivem Abfall Plutonium zu gewinnen?
9. Hat die Firma Transnuklear auch für die Kernkraftwerke Gösgen, Leibstadt, Beznau I und II Transporte ausgeführt? Wenn ja, wohin und zu welchem Zwecke?
10. Haben die Atomkraftwerke mit anderen Transportfirmen oder Generalunternehmen Verträge abgeschlossen? Wenn ja, mit welchen und zu welchen Bedingungen?
11. Trifft es zu, dass die Transnuklear auch Brennelemente transportiert hat, so z. B. für das Atomkraftwerk Gösgen nach Deutschland ins Forschungszentrum Karlstein?
12. Kann ausgeschlossen werden, dass bei diesen Transporten spaltbares Material, insbesondere Plutonium, durch die Firma Transnuklear bzw. Nukem «abgezweigt» wurde?
13. Hat oder hatte das Paul-Scherrer-Institut Geschäftsbeziehungen mit Transnuklear? Wenn ja, zu welchem Zweck?
14. Wer begleitet die Atomtransporte durch die Schweiz? Gibt es eigentliche «Atomrouten», die eingehalten werden müssen? Wenn ja, wo führen die durch?
15. Wieviele Tonnen Atommüll und Brennelemente passieren jährlich mit Transittransporten die Schweiz?
16. Hält es der Bundesrat für richtig, dass das heutige Atomgesetz die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Kernbrennstoffen, Atommüll, Urananreicherungsanlagen usw. regelt, nicht aber den im Ausland abgewickelten Handel durch Firmen, die in der Schweiz domiziliert sind?

17. Sieht der Bundesrat noch eine Möglichkeit, die in den Betriebsbewilligungen der Atomkraftwerke verlangte sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz zu realisieren? Muss nicht vielmehr davon ausgegangen werden, dass das Projekt der Nagra, den starkradioaktiven Abfall im kristallinen Untergrund der Nordostschweiz zu lagern, kaum zu realisieren ist?

18. Ermittelt die Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit der Transnuklearaffäre immer noch?

Texte de l'interpellation du 29 février 1988

En relation avec le scandale du transport des déchets nucléaires opéré par la firme Transnuklear de la centrale nucléaire de Mühleberg à Mol et de l'affaire de corruption dans laquelle est impliquée cette firme, des questions fondamentales se posent quant à la gestion des déchets nucléaires et en particulier quant aux relations commerciales des centrales nucléaires suisses. A ce sujet, nous prions le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Combien de tonnes de déchets faiblement, moyennement et hautement radioactifs les centrales nucléaires suisses produisent-elles par année?
2. Jusqu'à quand suffiront les capacités des dépôts intermédiaires des différentes centrales nucléaires? De nouveaux dépôts intermédiaires seront-ils bientôt nécessaires? Quand entrera en activité le dépôt intermédiaire central de Würenlingen?
3. Quelle quantité de déchets hautement radioactifs, stockés pour l'instant à l'étranger, la Suisse devra-t-elle reprendre à partir de 1992? La même question vaut pour les déchets à faible et moyenne radioactivité.
4. Combien de kilogrammes de plutonium peuvent être extraits annuellement des éléments combustibles soumis au retraitement émanant des centrales nucléaires suisses?
5. L'autorité de surveillance sait-elle combien de temps les barres de combustible ont été en service dans les différentes centrales nucléaires?
6. L'autorité de surveillance connaît-elle la composition exacte des barres de combustible qui quittent la centrale pour un retraitement?
7. Quelle est la fréquence des visites d'un inspecteur de l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) dans les différentes centrales nucléaires suisses?
8. Les autorités fédérales savent-elles que l'on met au point des procédés pour parvenir à extraire à l'avenir du plutonium également des déchets à faible et moyenne radioactivité?
9. La firme Transnuklear a-t-elle également effectué des transports pour le compte des centrales nucléaires de Gösgen, Leibstadt, Beznau I et II? Dans l'affirmative, vers quelle destination et dans quel but?
10. Les centrales nucléaires ont-elles conclu des contrats avec d'autres entreprises de transport ou entreprises générales? Si oui, avec lesquelles et à quelles conditions?
11. Est-il exact que Transnuklear ait également transporté des éléments de combustible, par exemple en Allemagne dans le centre de recherche de Karlstein, pour le compte de la centrale de Gösgen?
12. Peut-on exclure qu'au cours de ces transports, de la matière fissile, en particulier du plutonium, ait été «détournée» par la firme Transnuklear, plus exactement Nukem?
13. L'institut Paul Scherrer entretient-il ou entretenait-il des relations d'affaires avec Transnuklear? Si oui, dans quel but?
14. Qui accompagne les transports de matières nucléaires à travers la Suisse? Y a-t-il des «itinéraires nucléaires» qui doivent être respectés? Si oui, par où passent-ils?
15. Combien de tonnes de déchets nucléaires et d'éléments de combustible transitent-ils par an en Suisse?
16. Le Conseil fédéral estime-t-il juste que la loi actuelle sur l'énergie atomique réglemente l'importation, l'exportation et le transit de combustibles nucléaires, déchets atomiques, installations d'enrichissement de l'uranium, etc. mais non

Interpellation der LdU/EVP-Fraktion Kernkraftbetreiber. Umgang mit radioaktiven Abfällen und behördliche Aufsicht

Interpellation du groupe Adl/PEP Exploitants de centrales nucléaires. Manipulation de déchets radioactifs et surveillance des autorités

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.301
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1988 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1181-1183
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 664

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.